

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 87 (1993)
Heft: 10

Rubrik: Aus befreundeten Vereinigungen : ein Wettbewerb des cfd : Geld durch Geist - für Brot und Rosen ; Frauen fordern Friedensforschung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus befreundeten Vereinigungen

Ein Wettbewerb des cfd: Geld durch Geist – für Brot und Rosen

Normalerweise ist der cfd – seit über 50 Jahren Hilfswerk und Friedensbewegung in einem, klein und kritisch, konkret und politisch – auf der Suche nach Geld. Heute jedoch ist Ihr Geist gefragt. Ein Wettbewerb in Geldmittelbeschaffung als Herausforderung für kreative Köpfe oder:

Ihr Geist für «unser» Geld!!!

– genauer: für Geld, das es uns und unseren ProjektpartnerInnen ermöglicht (sie ermächtigt), unsere/ihre Vorstellungen von einem guten, vielleicht auch nur einem besseren Leben Wirklichkeit werden zu lassen («Macht» nannte das die Philosophin Hannah Arendt). Zum Beispiel:

– eine Kindheit mit Spielen, Farben und Büchern in der Kinderbibliothek in Nablus (Palästina), mitten in Krieg und Gewalt

– ein Raum für Frauen, um sich hinter den Mauern der Gewalttraumata wieder wahrnehmen zu lernen, in der Beratungsstelle der Frauengruppe BISER in den Lagern für bosnische Flüchtlinge in Kroatien

– das FEMIA, Treffpunkt, Lern- und Kulturraum für Migrantinnen in Zürich

– die Frauenstelle für Friedensarbeit, Arbeits-, Forschungs- und Aktionsforum gegen Krieg und männerdominierte (Aussen-)Politik in Zürich

– die cfd-Öffentlichkeitsarbeit als Kommunikationsplattform für Informationen und politische Forderungen unserer PartnerInnen in Zimbabwe oder in den Flüchtlingslagern des saharouischen Volkes in der Westsahara.

Wir suchen:

1. Vorschläge (wenn möglich ausgearbeitet) für kleinere und grössere Aktionen (mit kleinem Budget) für die Geldmittelbeschaffung des cfd
2. die Eröffnung von Beziehungen zu Gruppen, Personen, Institutionen, Firmen usw., die dem cfd für seine Projekte Mittel zur Verfügung stellen können.

Für weitere Auskunft und Teilnahmebedingungen: Carmen Jud, cfd, Falkenhöheweg 8, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031/301 60 06.

Einsendeschluss: 31. Oktober.

1.–3. Preis: Ein Haus- oder Gartenfest im cfd Bern für Sie und 7 Ihrer FreundInnen zur Übergabe des Fotobandes «Zwischenräume – Frauen in der Fremde» der Projektgruppe «Visuelle Kommunikation» und Würdigung durch Jury und Präsidentin.

Jury: Madeleine Strub-Jaccoud, cfd-Präsidentin; Urs Frey, Kommunikationsberater; Philippe Dätwyler, Redaktor Schweizer Fernsehen DRS; Franziska Müller, cfd-Öffentlichkeitsarbeit; Carmen Jud, cfd-Geschäftsleitung.

Frauen fordern Friedensforschung

Jetzt, da uns der bosnische Konflikt emotional so nahe geht, werden viele wieder «friedensbewegt». Dies war auch im Golfkrieg so. Einmal mehr erkennen sie, dass man viel früher hätte handeln sollen, um das Schlimme zu verhüten. Wie? Wann? In welcher Richtung?

Auf diese und andere Fragen versucht seit Jahrzehnten die Friedensforschung Antwort zu geben und gangbare Wege aufzuzeigen. Weil ihre Perspektiven aber zumeist mittel- bis langfristig sind, wird sie von den angesprochenen Institutionen und Behörden links liegen gelassen. Diese sind mehr an kurzfristigen Konzepten interessiert – ein sträfliches Manko unserer Politik, das sich mehr und mehr zu rächen beginnt.

Friedensforschung versucht, auf mögliche Konflikte aufmerksam zu machen, Konfliktherde zu identifizieren und Ungerechtigkeiten aufzuzeigen, die den Keim künftiger Gewalt in sich bergen. Sie kann auch auf Möglichkeiten hinweisen, wie Konflikte sich verhindern oder lösen lassen. Doch dazu braucht es eben langfristiges Denken und Planen, und dieses ist anspruchsvoll und kostet auch etwas.

Seit 1985 bitten der Evangelische Frauenbund, der Katholische Frauenbund und die Frauen für den Frieden um Unterstützung dieser Bemühungen. Wir sind überzeugt, dass nur eine langfristige Beobachtung Konfliktfaktoren zu erkennen vermag und den Willen, ihnen wirksam zu begegnen, reifen lässt.

Dass Friedensforschung in der Schweiz noch nicht genügend beachtet und gefördert wird, ersehe ich z.B. aus zwei Pressenotizen, die gleichentags Ende Juni in der Zeitung zu finden waren:

– Damit unsere Soldaten nach Feierabend angemessen gekleidet auftreten können, werden gesamthaft 114 Mio Franken benötigt.

– Weiter unten reicht es noch für die Agenturmeldung, dass der Bundesrat die Mittel für friedenserhaltende Aktionen um 2 Mio auf 16,2 Mio Franken erhöht hat, um der Schweiz zu erlauben, auch weiterhin aktiv an internationalen Massnahmen zur Friedensförderung mitzuwirken.

Wenn dem Bund Friedensförderung so wenig wert ist, wie steht es dann wohl erst mit der Friedensforschung?

Friedensforschung als Bewusstseinsbildung lässt keine plötzlichen Resultate erwarten; sie verlangt Zuversicht und viel Geduld. Wir sehen aber keinen andern Weg und bitten alle Menschen guten Willens, uns auf ihm zu begleiten. Wir sammeln mit einem jährlich neu herausgegebenen Prospekt. In diesem Jahr haben drei Frauen aus unseren Sprachregionen das Wort; sie sprechen von ihren Ängsten, Sicherheitsvorstellungen und Erwartungen in Europa. Dieses Thema «Europa und die Frauen» haben wir vom vergangenen Jahr herübergenommen, und im zweiten Jahr erscheint auch der «frauenblick schweiz – europa» (Jahresabonnement Fr. 20.—, cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, Postfach 9621, 8036 Zürich). Neben diesem Bulletin unterstützen wir

in diesem Jahr aus dem Friedensfonds, der von der Kampagne für den Frieden gespiesen wird, die französische Ausgabe einer Untersuchung über Rüstungskonversion, eine Publikation über die neuere Friedensbewegung in der Schweiz und schliesslich eine Arbeit über gewaltfreie Erziehung, die hoffentlich rechtzeitig zum «Jahr der Familie» erscheinen wird.

Frauen bauen am Frieden. Helfen Sie mit!

Renate Jordi

Kampagne für den Frieden:

- Evangelischer Frauenbund der Schweiz, Winterthurerstr 60, 8006 Zürich
- Schweizerischer Katholischer Frauenbund, Postfach 7854, 6000 Luzern 7
- Frauen für den Frieden, Postfach 126, 1000 Lausanne 6
- Friedensfonds, PC 10-14986-6.

Aus unseren Vereinigungen

Erklärung der Religiös-sozialistischen Vereinigung zur Initiative «für ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene» im Kanton Zürich

Die Religiös-sozialistische Vereinigung hat im Anschluss an ihre Veranstaltung vom 26. August 1993 über das AusländerInnenstimmrecht die nachstehende Erklärung zur kantonalzürcherischen Abstimmung am 26. September 1993 verabschiedet. Wir dokumentieren diesen Text, in der Meinung, er habe über den Tag hinaus Bestand.

Red.

Wer von politischen Entscheidungen betroffen ist, muss auch das Recht haben, an ihnen mitzuwirken. Das ist ein Grundsatz der Demokratie. Das ist aber auch ein Menschenrecht. Wenn ein Sechstel der in der Schweiz lebenden Bevölkerung und ein Drittel der in der Schweiz arbeitenden Bevölkerung vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen bleiben, dann ist die Demokratie nicht mehr repräsentativ genug. Dann steht sie im Widerspruch zu sich selbst.

Im Kanton Zürich haben die Stimmberechtigten am 26. September 1993 die Möglichkeit, den niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländern wenigstens auf Gemeindeebene das Stimm- und Wahlrecht zu ermöglichen. Das ist wenig, gemessen am Grundrecht auf politische Partizi-

pation, aber es ist wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung. Die Religiös-sozialistische Vereinigung unterstützt deshalb die Initiative «für ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene». Die Vereinigung sieht in der Initiative vor allem auch ein notwendiges Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in diesem Land und in diesem Kanton.

Die Religiös-sozialistische Vereinigung appelliert insbesondere an die Kirchgemeinden, für die Initiative einzutreten. In der Kirche gibt es keine Ausländerinnen und Ausländer. «Da ist nicht Jude noch Grieche, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Frau» (Gal 3,28). Da ist auch nicht Ausländer noch Schweizer. Wer darum Christinnen und Christen ohne Schweizerpass die aktive Mitbestimmung in der Kirche verwehrt, hat das Evangelium gegen sich. Kirche sollte zum Modell einer «Demokratie für alle» werden und bezeugen, was der Exoduspott von seinem Volk im 3. Buch Mose verlangt: «Einerlei Recht soll für euch gelten, für den Fremden wie für den Einheimischen»(24,22).

Zürich, 26. August 1993

Für die Religiös-sozialistische Vereinigung:
Hansheiri Zurrer